

Freitag,  
5. Juni 1914.

Das Posener Tageblatt  
erscheint  
an allen Werktagen  
zweimal.  
Der Bezugspreis beträgt  
vierfachstündig  
in den Geschäftsstellen 3,00,  
in den Ausgabestellen 3,25,  
frei ins Haus 3,50,  
bei allen Postanstalten des  
Deutschen Reiches 3,50 R.

Bernpr. Nr. 4246, 3110, 2249 u. 2273.

Mittag-Ausgabe.

Nr. 258.  
53. Jahrgang.

# Posener Tageblatt

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Girschel.

Anzeigenpreis  
für eine kleine Zeile im  
Anzeigenteil 25 Pf.  
Reklamenteil 50 Pf.  
Stellengebühr 15 Pf.  
Anzeigen nehmen an  
die Geschäftsstellen  
Tiergartenstr. 6  
St. Martinstr. 62  
und alle  
Annondoreaus.  
Telegr.: Tageblatt Posen.

Rusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbetet; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenannte Einsendungen werden nicht ausbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigelegt ist.

## Generalverband ländlicher Genossenschaften.

(Eigener Bericht des Posener Tageblattes.)

Hg. Berlin, 4. Juni.

Die diesjährigen Haupttagungen der Raiffeisen-Organisation haben am heutigen Donnerstag in Berlin mit der Generalversammlung der landwirtschaftlichen Zentraldarlehnstasse für Deutschland begonnen. Den Vorsitz führte der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Kasse, Gutsbesitzer Paulsen (Wödenich, Rheinland). Er brachte ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Kaiser aus, an den ein Huldigungstelegramm abgeschickt wurde.

### Der Geschäftsbericht für das Jahr 1913,

den Generaldirektor, Reichs- und Landtagsabgeordneter Justizrat Dr. Dietrich erstattete, weist einleitend darauf hin, daß die durch die politische Unsicherheit erschwerten Wirtschaftsverhältnisse des Jahres 1912 bis tief in das Jahr 1913 hinein unverändert bestehen geblieben sind, und daß die allgemeine Knappheit auf dem Geldmarkt fortduerte. Verstärkend kam dazu für das ländliche Genossenschaftswesen die Tatsache, daß die Erträge des Jahres 1913 hinsichtlich der Qualität und Bewertung in einzelnen Teilen des Reiches gegen die Ergebnisse früherer Jahre erheblich zurückließen. Die starke Anspannung der Kreditgewährung dauerte bis zum Jahresende an, und erst der Beginn des Jahres 1914 brachte reichliche Geldzuflüsse. Infolgedessen sind auch wieder allgemeine Binsermäßigungen eingetreten. Das Geschäftsergebnis ist im ganzen durchaus befriedigend. Es wird die Verteilung der höchstzulässigen Dividende von 4 Prozent vorgeschlagen. Der Umsatz der Geldabteilung ist um 136,5 Mill. auf 1375,9 Mill. M. gestiegen. Die Umläufe der von der landwirtschaftlichen Zentraldarlehnstasse betriebenen Warenabteilungen beliegen sich auf über 22 Mill. M. Die Zahl der als Aktionäre angeschlossenen Spar- und Darlehnstassenvierein betrug am Jahresende 1913 4700; sie hat sich gegen das Vorjahr um 74 erhöht. Das günstige Ergebnis des Jahres 1913 ist um so höher anzuschlagen, als das Jahr 1913 der landwirtschaftlichen Zentraldarlehnstasse eine Probe auf die Gesundheit und Beständigkeit in ihr und ihren Genossenschaften wirkenden Gedanken brachte.

Justizrat Dietrich beschäftigte sich sodann ergänzend mit dem Verhalten einer Minorität, die die sachliche Arbeit der Kasse zu stören versuchte. Diese Minorität hat ihren Sitz in der Provinz Posen. Allgemein kann gesagt werden: Wenn es dieser Zweifelhaft erscheint, ob das reguläre Geldgeschäft der landwirtschaftlichen Zentraldarlehnstasse genügen würde, um die nach den heutigen Geldverhältnissen zweckmäßig erscheinende und notwendige Dividende von 4 Prozent herauwtwirtschaften, so kann heute dieser Zweifel nicht mehr als berechtigt gelten. Aus den weiteren Mitteilungen des Geschäftsberichts ergibt sich, daß die Betriebsmittel der Kasse, bestehend aus dem Aktienkapital und den ordentlichen Reserven, sich auf 13 322 300 M. belaufen. Dem Generalverband ländlicher Genossenschaften gehörten an der Jahreswende 1913/14 5842 Vereine an, darunter 4485 Raiffeisen-Spar- und Darlehnstassenviereine.

Um die Erstattung des Geschäftsberichts schlossen sich lange und

### stürmische Auseinandersetzungen,

die von Dr. Swart und Dr. Brose aus Posen eingeleitet wurden. Beide Redner wandten sich grundätzlich gegen den immer weitergehenden Zentralismus der Zentraldarlehnstasse und dagegen, daß hierdurch die Landgenossenschaftsbanken auf ein Minimum reduziert werden. Sie suchten auch zu beweisen, daß die Liquidität der Zentraldarlehnstasse sich verschlechtert habe, und daß ihr Jahresergebnis durchaus nicht glänzend genannt werden könnte. Dr. Swart bedauerte, daß durch die Tätigkeit der Zentraldarlehnstasse

in der Provinz Posen rein polnische Vereine unterstützt worden seien.

Es eröffneten Schlüsse und Mitglieder des Aufsichtsrats riefen dem Redner zu, daß diese Behauptung unrichtig und bereits im Abgeordnetenhaus ihre Unrichtigkeit von ministerieller Seite nachgewiesen sei. Beide Redner baten, die Generaldirektion der Zentraldarlehnstasse möge die Posener Vereine aus ihrem Verbande entlassen, um sie nicht gegen ihren Willen an die Zentraldarlehnstasse zu fesseln.

Gegen den Vortrag, großpolnische Vereine unterstützen und gefördert zu haben, protestierte hierauf der Direktor des Verbandes Raiffeisengerätegenossenschaften der Provinz Posen, Burmeister: Es wird uns damit der Vorwurf gemacht, daß wir beispielhaft großpolnische Tendenzen unterstützen hätten. Es hätte mich niemals dazu gegeben, Direktor eines Verbandes zu werden, in dem solche Ideen finanziert werden. Unserer Verbandsausübung gehören nur deutsche Männer an. Wenn Männer mit solcher Reputation angesichts einer so großen Versammlung, in derartiger frevelhafter Weise Vorwürfe gemacht werden, so brauchen sich die Urheber dieser Vorwürfe nicht zu wundern, wenn sie von der Wehrheit dieser Versammlung die Behandlung erfahren, die ihnen zuteil geworden ist. (Sturm, Zustimmung.) Der Verband Posen hat sich gebildet im Gefüge seiner Raiffeisen-Gerätegenossenschaften, um nicht dauernd mit Leuten wechseln zu werden, die sich leider noch immer Raiffeisenvereine in Posen nennen. Den niederrädrigsten Vortrag der Polenfreundlichkeit hat man auch gegenüber dem preußischen Finanzminister ausgesprochen; dieser hat nach eingehender Unterprüfung festgestellt, daß an dieser ganzen Beleidigung nichts Wahres ist. (Sturm, Beifall.)

Es sprach noch eine Reihe von Rednern im Sinne der Generalsdirektion, der sie ihr Vertrauen ausprachen. Auch der Generaldirektor Justizrat Dr. Dietrich selbst trat den Ausführungen der beiden Redner entgegen.

Dann wurde die Bilanz genehmigt, dem Vorstande und Aufsichtsrat die Entlastung erteilt und entsprechend dem Auftrag für 1913 eine Dividende von 4 Prozent festgesetzt. Mit Neuwahlen und Erstwahlen in den Aufsichtsrat stand die Versammlung ihr Ende. Für den Bezirk des neuen Posener Verbandes wurden die Gutsbesitzer Weiterath und Untrieg gewählt. Am Freitag folgt der Generalverbandstag ländlicher Genossenschaften.

## Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft.

(Eigener Bericht des Posener Tageblattes.)

Hg. Danzig, 4. Juni.

Die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft ist am heutigen Donnerstag in Danzig unter dem Präsidium des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg zusammengetreten. Auf der Tagesordnung der diesjährigen Verhandlungen stehen neben den regelmäßigen wiederkehrenden Berichten über die Tätigkeit der verschiedenen Komitees und Ausschüsse der Gesellschaft eine Reihe von Anträgen der Abteilung der Gesellschaft, die für die kolonialen Gebiete Reformen und Neuerungen analog den Einrichtungen des Mutterlandes verlangt.

So wünscht ein Antrag des Ausschusses, daß die Bestimmungen des Gesetzes über die Angestelltenversicherung auf alle Reichsangehörige ausgedehnt wird, die in den deutschen Schutzgebieten für deutsche oder ausländische Unternehmungen tätig sind. Ein Antrag der Abteilung Bonn und Berlin bezeichnet die Einführung einer Verwaltungsgerichtspartei in den Kolonien für dringend erforderlich. Vorläufig sollen diese Verwaltungsgerichte den bestehenden ordentlichen Gerichten angegliedert werden. Ein weiterer Antrag der Abteilung Berlin erhebt Einpruch gegen die Art, wie unter unzulässiger Verallgemeinerung einzelner Wissensstände in der Budgetkommission des Reichstages der deutsche Plantagenbau in den Kolonien angegriffen worden ist. Der Antrag fordert die Veröffentlichung amtlicher statistischer Zahlen über die Sterblichkeit der Eingeborenen beim Wege- und Eisenbahnbau, im Trägerdienst und auf Plantagen. Ein Antrag der westlichen Vororte Berlins bittet das Reichskolonialamt dazum zu wirken, daß den Söhnen und Töchtern von deutschen nicht hinreichend bemittelten Colonialansiedlern zum Zwecke des Besuchs deutscher, höherer, mit Internat verbundener Schulen finanzielle Erleichterungen zuteil werden. Schließlich fordert ein Antrag regelmäßige Zahlungen der farbigen Bevölkerung in unseren Kolonien und ein anderer Antrag eine ausgedehnte Behandlung der kolonialen Erdkrank in den deutschen Schulen.

Der Hauptversammlung ging am gestrigen Abend eine

### Begrüßungsrede

voraus. Heute trat unter dem Vorsitz des Herzogs Johann Albrecht, der beim Kommandierenden General von Madenien Wohnung genommen hat, der Ausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft zusammen. An seinen Verhandlungen nahm auch der Bruder des Präsidenten, Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg teil, der bekanntlich Gouverneur von Togo ist und sich gegenwärtig auf einer Urlaubsreise in Deutschland befindet. Herzog Johann Albrecht wies in seiner Eröffnungsrede besonders auf die Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Hannover hin, die Ende Juli stattfindet und an der sich die Deutsche Kolonialgesellschaft beteiligt wird. Er rühmte ferner die Erfolge der von der Gesellschaft veranstalteten Kolonialausstellung, durch die Hunderttausenden, namentlich aus kleinbäuerlichen Kreisen, Gelegenheit gegeben werde, koloniale Einrichtungen kennenzulernen. Der Ausschuß beschloß, auch weiterhin 5000 Mark für solche Provinzialausstellungen zu bewilligen. Einen warmen Nachruß widmete Herzog Johann Albrecht dem verstorbenen stellvertretenden Präsidenten der Gesellschaft, Oberverwaltungsgerichtspr. v. Bitter. An seine Stelle wurde der frühere Staatssekretär des Reichskolonialamts v. Bindaquist zum stellvertretenden Präsidenten gewählt. Weiter wurden Mittel bewilligt für die von Dr. Gad geplante Reise zur Erforschung der Farmerverhältnisse in den Kolonien. Wie alljährlich, so wurden auch diesmal 1000 Mark bewilligt für das Archiv für Schiffs- und Tropenhygiene in Hamburg.

An die Ausschüttung schloß sich an eine Dampferfahrt mit Damen nach der Danziger Bucht und dem Seebade Broden. Am Freitag beginnen die Verhandlungen der Hauptversammlung selbst.

## Das nächste deutsche Turnfest

wird nach den Beschlüssen des Hauptrausschusses der Deutschen Turnerschaft im Jahre 1918 in Stuttgart stattfinden. Außer Stuttgart waren noch Straßburg, München, Düsseldorf und Köln zur Wahl gestellt.

Der zweite Sitzungstag des Hauptrausschusses der Deutschen Turnerschaft in Leipzig, den wieder der greise Götz leitete, beschäftigte sich zunächst mit der Mitarbeit an den Prüfungskämpfen zu den olympischen Auszeichnungen; es soll nicht bis zum deutschen Turnfeste gewartet, sondern schon jetzt beim Reichsausschuss die entsprechenden Anträge und Vorschläge gestellt werden. Der Haushaltspolitik wurde vom Schatzmeister, Polizeirat Arzrot-Steglich in Einnahmen und Ausgaben mit 38 500 Mark festgesetzt. — Die verschiedenen Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung, die u. a. auch die Aufstellung eines besoldeten Geschäftsführers, Zusammensetzung des Hauptrausschusses und anderes betreffen, wurden einem besonderen Ausschuß von 7 Mitgliedern überwiesen, der in der nächsten Ausschüttung bzw. am nächsten deutschen Turnfeste 1915 in Bremen eine Vorlage unterbreiten soll.

Bei dem Festmahl wurde dem Stadtverordnetenvorsteher, Justizrat Dr. Roth, in Anerkennung seiner Verdienste um den glänzenden Verlauf des vorjährigen deutschen Turnfestes in Leipzig die Ehrenurkunde der Deutschen Turnerschaft überreicht. Überbürgermeister Dr. Dittich, der gegenwärtig zur Ruhe in Rüdingen weilt, soll aus der gleichen Veranlassung ebenfalls eine Ehrenurkunde überreicht werden. Dem Geschäftsführer der Deutschen Turnerschaft, Schriftdienstl. a. D. Professor Dr. Rühl-Stellin, der nunmehr 40 Jahre dem Ausschuß angehört, überreichte der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Goede, im Auftrage des Ausschusses mit herzlichen Worten der Anerkennung für die treue Arbeit eine prachtvolle Blumenschale.

## Das Großherzogspaar von Hessen in München.

### Trinksprüche bei der Galatafel.

Im Hofballaal der Residenz München fand am Donnerstag abend zu Ehren des Großherzogs und der Großherzogin von Hessen Galatafel zu 150 Gedecken statt. An der hufeisenförmigen Tafel saßen in der Mitte der König mit der Großherzogin von Hessen und der Großherzog mit der Königin. Es folgten die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, das Ehrengesetz, darunter der Kabinettchef v. Dandl, die anwesenden Staatsminister, das Präsidium der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten, der Regierungspräsident von Oberbayern, Vertreter der Stadt München, das Präsidium der Sezession und das Präsidium der Münchener Künstlergesellschaften. Im Verlaufe der Tafel brachte

König Ludwig einen Trinkspruch aus, in welchen er zunächst die hohen Gäste herzlich willkommen hieß und seine Dankbarkeit aussprach für den warmen und gültigen Empfang in Darmstadt im vorigen Jahre. Zur besonderen Befriedigung und Freude gereichte es ihm, darauf hinzuweisen zu können, daß in Hessen wie in Bayern Fürst und Volk aus eigenstem Empfinden einig seien in dem Wunsche, den fürstlichen Gästen und dem Nachbarlande bereite Kunde zu geben von der hohen Wertschätzung und der treuen Freundschaft, die die beiden Häuser und Völker sich von altersher als kostliches Gut bewahrt haben. Dieses Gut für alle Zukunft zu begreifen und zu pflegen, werde er von ganzem Herzen bestrebt sein. Mit regem Interesse verfolgte Bayern die treue und unablässige Arbeit, die der Großherzog der Pflege des wirtschaftlichen Wohlstandes und der Förderung von Wissenschaft, Kunst und Kunstsvertriebe in seinem Lande verfolgt. „Diese hochfürstlichen Bestrebungen für die idealen Güter des deutschen Volkes“, fuhr der König fort, „festigen in mir die vertrauensvolle Überzeugung, auf die gütige und totkräftige Unterstützung Eure Königlichen Hoheit überall da zählen zu können, wo es gilt, auf gemeinsamen Wegen vorwärts zu schreiten zum Wohle unserer Staaten und zum Wohle des großen deutschen Vaterlandes.“

Der König schloß mit einem Hoch auf den Großherzog und die Großherzogin von Hessen.

Auf die Rede des Königs

### erwiderte Großherzog Ernst Ludwig.

Er sprach zunächst seinen Dank aus für den herzlichen Willkommengruß. Das rege Interesse, mit dem Bayern die auf die Pflege des wirtschaftlichen Wohlstandes und die Förderung von Wissenschaft, Kunst und Kunstsvertriebe in seinem Lande gerichtete Arbeit verfolgt, gereichte ihm zur großen Befriedigung. Es dränge ihn, auch an dieser Stelle dem König seinen Dank auszusprechen für die Förderung, die er der Jahrhundertausstellung deutscher Kunst in Darmstadt durch die Überlassung hervorragender Kunstwerke habe zuteil werden lassen. „Wenn es gilt“, fuhr der Großherzog fort, „die Erfüllung der unsern Ländern ge meinten Aufgaben zu fördern und die Wohlfahrt unserer großen geeinten Deutschland zu erweitern, werden Eure Majestät Mich in treuer Bindung genossen. Auf die Seite ihres Dienstes stets an Ihrer Seite finden. Mit dem Ausdruck des Dankes und der Freude, welche die Großherzogin und ich über den zu Hergen gehenden gütigen Empfang empfunden, verbinden Wir unsere innigsten Segenswünsche für Eure Majestäten, das königliche Haus und das schöne Bayernland. Diese Gefühle und Wünsche lasse Ich zusammen in den Ruf: Ihre Majestäten der König und die Königin von Bayern leben hoch, hoch, hoch.“

### Auszeichnung des Grafen Hertling.

Der Großherzog von Hessen hat dem Ministerpräsidenten Grafen Hertling das Große Kreuz des Philippordens mit Kette verliehen.

## Wegen Meineids verurteilt.

Berlin, 4. Juni. In dem Meineidsprozeß gegen den slüchtig gewordenen Leutnant a. D. Theobald Brumm-Selbene, welcher seit mehreren Wochen das Berliner Schwurgericht I beschäftigt hat, wurde heute nachmittag das Urteil gefällt. Der Angeklagte Brumm wurde in Abwesenheit wegen wissentlichem Meineid und Abgabe einer falschen eidestatlichen Versicherung zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis und drei Jahren Fahrverbot verurteilt, der Angeklagte Weide wurde wegen fahrlässigen Falsches eides zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Kleme wurde freigesprochen. Es handelt sich, wie schon berichtet wurde, um falsche Aussagen, die in einem Scheidungsprozeß abgegeben worden waren.

## Die Ministerkrise in Frankreich.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten Viviani, der vom Präsidenten der Republik mit der Neubildung des Kabinetts betraut wurde, hat es bisher trotz zahlreichen Versuchen von Pressevertretern abgelehnt, über seine Annahme oder Ablehnung der Bildung der neuen Regierung und über seine voransichtlichen Mitarbeiter irgendwelche Mitteilungen zu machen. Er begnügt sich, nur mit der lakonischen Versicherung, daß er bald dem Präsidenten Poincaré seinen Entschluß bezüglich der Kabinettbildung kundtun werde.

### Die Sorge um das Schicksal des Dreijahresgesetzes.

Der „Tempo“ erklärt nochmals, daß Deutschland gegenwärtig verschiedene Maßnahmen getroffen habe, um eine bessere Ausbildung und eine Vermehrung der Reservisten zu erzielen, und meint, Frankreich habe angesichts dieser Bemühungen die doppelte Pflicht, das Dreijahresgesetz aufrecht zu erhalten und die Ausbildung der Reservisten zu fördern, welche durch die von den Radikalen

und Sozialisten im Jahre 1908 durchgesetzte Verkürzung der Waffenübungen schwer geschädigt worden sei.

Wie in den Wandelgängen der Kammer erzählt wird, hat Leon Bourgeois die Annahme des Portefeuilles des Außenwesens ausdrücklich an die Bedingung geknüpft, daß die neue Regierung das Dreijahresgeschäft mäler zu Anwendung bringe.

### Wahlen zum Kammerpräsidium.

Paul De Schanc ist mit 111 von 135 gültigen Stimmen endgültig zum Präsidenten der Kammer wiedergewählt worden.

Zu Vicepräsidenten der Kammer sind endgültig gewählt worden: Clementel (radikal) mit 375 Stimmen; Monier (Gemeint. Rad.) mit 333 Stimmen; Godard (Gemeint. Rad.) mit 310 und Augagneur (Sozial. Republ.) mit 267 Stimmen.

## Die albanische Krise.

### Die Epireten.

In Wien ist an unerreichter Stelle aus Janina die Nachricht eingetroffen, daß unter dem Vorst des Epiretenführers Zographos in Argyrocastro eine Versammlung der Führer der epiretischen Bewegung stattgefunden hat, in der nach einer lebhaften Debatte beschlossen wurde, die Entscheidungen der Konferenz von Korfu anzunehmen. Ferner wurde beschlossen, die Waffen erst dann niederzulegen, bis der Fürst von Albanien vom Epirus tatsächlich Besitz ergriffen und die nötigen Truppen zur Aufrechterhaltung der Ruhe abgegangen sind und die Großmächte ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Konferenz von Korfu gegeben haben werden, indem sie die Ausführung der Zugeständnisse und der den Epireten bewilligten Privilegien garantieren. Bis zu diesem Standpunkt soll auch die Auflösung der provisorischen Regierung für den Epirus verschoben werden. Im Laufe der Versammlung wurde der Beschluß gefasst, die Frage von Schimara zum Gegenstand einer späteren Verständigung zwischen den Epireten, der albanischen Regierung und den Vertretern Europas zu machen. Die heiligen Bataillone sollen bis zur Besiegerei des Nordepirus durch albanische Truppen unter Leitung von Zivilkommissaren für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe in diesem Gebiete sorgen.

### Englische Kriegsschiffe für Durazzo.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat die englische Regierung ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, im Falle irgend einer Gefahr für den Fürsten von Albanien ein Kriegsschiff nach Durazzo zu senden, wenn die anderen Mächte zu ähnlichen Mitteln greifen.

## Bur Tagesgeschichte.

### Polizei und Arbeitswilligenkampf.

Zwecks ausreichenden Schutzes der Arbeitswilligen hat die Königlich sächsische Regierung eine Verordnung vorbereitet, deren Inhalt in der Presse bereits erwähnt wurde. Der "Vorwärts" ist wieder einmal natürlich nur durch die Unredlichkeit einer Zwischenperson "in die Lage versetzt", die Verordnung im Wortlaut zu veröffentlichen. Danach lauten die ersten 5 Paragraphen:

S 1. Die Polizeibehörden haben sich in solche Streitigkeiten selbst nicht einzumischen, sondern nur mit strenger Unparteilichkeit darauf zu sehen, daß die öffentliche Ordnung nicht gestört wird, insbesondere niemand an Leben und Gesundheit beeinträchtigt wird. Eigentumsbeschädigungen und andere strafbare Handlungen verhindert werden und die Freiheit und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs, insbesondere nach und von der Arbeitsstelle in jeder Hinsicht gesichert wird.

S 2. Gegen Ausschreitungen, welche die öffentliche Ordnung brechen oder gefährden, mögen sie im übrigen von Streikenden oder Ausgeperchten oder auch von Unternehmern oder Arbeitswilligen ausgehen, ist mit Ruhe und Zurückhaltung vorzugehen, aber auch mit derjenigen Energie und Nachdrücklichkeit, die durch die Umstände geboten sind, um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß die Staatsgewalt den Willen und die Macht hat, die Ordnung aufrecht zu erhalten und Geheimsverleumdungen zu verhindern.

S 3. Die Ausstellung von sogenannten Streikposten auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und Wasserstraßen ist dann nicht zu beanstanden, wenn sie den freien Verkehr nicht beeinträchtigen, insbesondere sich darauf beschränken, die Arbeitsverhältnisse zu beobachten, ohne hierbei Personen zu belästigen.

S 4. Sofern Streikposten oder andere Personen in Betätigung eines Interesses am Ausgang einer gewerblichen Streitigkeit die öffentliche Ordnung oder Sicherheit die Bequemlichkeit oder Ruhe auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen stören, insbesondere Arbeitswillige oder andere Personen belästigen oder in bedrohlicher Weise auftreten, sind sie von dieser Stelle des Verkehrsräumes einschließlich Einfahrten und Hausingängen fortzuweisen und nötigenfalls zu entfernen. Als Belästigung ist auch anzusehen, wenn solche Personen wider ihren ausgesprochenen oder erkennbaren Willen auf öffentlichen Strafen oder Plätzen angesprochen oder augenfällig begleitet werden.

S 5. Müssen Streikposten wegen derartiger Belästigungen fortgewiesen werden, oder ist durch Streikposten eine unmittelbare Störung der öffentlichen Ordnung zu erwarten, so kann die Polizeibehörde nach Lage des Falles die Ausstellung von Streikposten vorübergehend oder für die Dauer der betreffenden Streitigkeiten ganz verbieten.

Die Praxis wird zu erweisen haben, ob diese Verordnung, die ein generelles Streikpostenverbot nicht enthält, genügt oder ob die gesetzliche Inangriffnahme der Materie unerlässlich bleibt.

### Deutsches Reich.

Der Kaiser nahm gestern im Neuen Palais bei Potsdam die Vorträge des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Dr. Frhrn. v. Schorlemmer und des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Rats von Valentini entgegen.

Der Kronprinz hat dem vor einigen Tagen bei einem Sturz verunglückten Generalobersten v. Eichhorn im Garnisonlazarett zu Meck einen Besuch abgestattet. Am gestrigen Donnerstag erfolgte die Besichtigung der Schlachtfelder und der Festungsanlagen westlich von Meck.

Königin Sophie von Griechenland, die Schwester unseres Kaisers, ist mit ihren beiden jüngsten Töchtern, den Prinzessinnen Irene und Katharina, und Gefolge über Benedig nach Frankfurt a. M. abgereist.

Verlobung. Auf Schloß Carolath in Schlesien hat die Verlobung der Prinzessin Sabine von Schönau - Carolath, Schwester des Fürsten zu Carolath-Benzen, mit dem Prinzen Emich zu Salm-Horstmar, jüngsten Bruder des Fürsten zu Salm-Horstmar, stattgefunden. Der Bräutigam steht als Leutnant im 3. Garde-Ulanen-Regiment.

**Auszeichnungen.** Der Kaiser hat den Landtagsabgeordneten Generalleutnant z. D. Grafen Bartelsleben-Schwirzen Kreis Komm. den Kronenorden erster, Geheimer Kommerzienrat Coote-Biere, Kreis Calbe, den Kronenorden zweiter Klasse verliehen. Geheimer Coote ist Seniorchef der großen Zuckfabrik Coote. Schule und Dienst und besitzt außerdem eine große Brennerei. Er gehört zu den hervorragendsten Industriellen der Provinz Sachsen.

**Von den Finanzen Hamburgs.** Nach dem Jahresbericht der Generalzolldirektion Hamburg beträgt die Gesamteinnahme an Zöllen und Reichsteuern in Hamburg während des Rechnungsjahrs 1913 rund 861 Millionen Mark.

**Die bayerische Arbeitslosenversicherung gescheitert.** Die bayerische Abgeordnetenkammer beschäftigte sich in ihrer gestrigen Nachmittags-Sitzung mit dem ablehnenden Beschluss der Reichsratskammer zu der Frage der Einführung der Arbeitslosen-Versicherung. Die Abgeordnetenkammer hat beschlossen, dem Beschluss der Reichsratskammer nicht beizutreten. Im Verlaufe der Debatte richtete der sozialistische Abgeordnete Timm scharfe Angriffe gegen die Reichsratskammer und auch gegen die ihr angehörenden Prinzen des bayerischen Königshauses, wobei es wiederholte heftigen Zusammentreffen mit dem Präsidenten des Hauses kam. Die staatliche Unterstützung der kommunalen Arbeitslosenversicherung muß als gescheitert betrachtet werden.

**Zentrums-Landtagskandidatur.** Von der Zentrumsparthei wurde an Stelle des verstorbenen Landtagsabgeordneten Decker, Rittergutsbesitzer Joseph Pauli, der Schwager des Oberbürgermeisters von Köln aufgestellt.

**Die Staatenlosenfrage im dänischen Folketing.** Der Vorsitzende der radikalen Partei im dänischen Folketing, Poulsen, richtete an den Minister des Äußeren folgende Anfrage: Ist der Minister des Äußeren in der Lage, dem Folketing Aufklärung über die Verhandlungen zwischen Dänemark und Deutschland wegen der vertragsmäßigen Lösung der Staatenlosenfrage in Nordschleswig und der damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu geben?

**Genosse Dr. Frank bereist Nordamerika.** Der rote Reichstagabgeordnete Dr. Frank-Mannheim wird, wie die "Mannheimer Volksstimme" mitteilt, einer Einladung der deutschen Sektion der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten folgend, von August bis November eine Agitationstreise durch die wichtigsten Städte der Vereinigten Staaten unternehmen. Wahrscheinlich will sich Frank gleich Lebedour und Scheidemann davon überzeugen, daß Amerika das Paradies der Sozialdemokratie ist.

### Luftschiffahrt und Flugwesen.

**Breslau-Wien.** Am Donnerstag um 11½ Uhr vormittags ist Oberleutnant Hempel vom 9. badischen Infanterieregiment Nr. 170 mit Oberleutnant Schimzing als Beobachter auf einem Aviatikdoppeldecker in Wien glatt gelandet. Die beiden Offiziere waren um 7 Uhr 50 Minuten früh in Breslau aufgestiegen und hatten den Flug bis Wien ohne Unterbrechung in drei Stunden und 40 Minuten zurückgelegt.

### England.

**Ein großer englischer Gewerkschaftsbund.** Vertreter der englischen Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter haben soeben in London eine vertrauliche Besprechung abgehalten zwecks Schaffung eines großen Arbeiterbundes; die Anwesenden waren völlig einmütig für einen Bund, der eine gemeinsame Aktion in allen Fragen von wesentlicher Wichtigkeit für das Gewerkschaftswesen sichert und Meinungsverschiedenheiten unter den einzelnen Berufsgruppen vorbeugt. Die Konferenz beschloß, einen nationalen Kongress zur Bestätigung ihres Beschlusses einzuberufen.

### Der Eisenacher Bund in Posen.

II. evp. Posen, 4. Juni.

(Schluß)

Wiederum einen vollen Saal sah der letzte Abendvortrag, der sich mit dem besonders interessanten

### Problem des Islam und seiner Eschatologie

beschäftigte.

Pastor Simon aus Bethel entwickelte etwa folgenden Gedankengang:

Die moslemische Welt beschäftigt sich besonders in Zeiten politischen Niederganges gern mit den Fragen über die zukünftige Welt. Schon im Koran, noch mehr in der moslemischen Überlieferung, finden wir eine sehr reiche Ausmalung des Endzustandes. Die Phantasie des Orientalen läßt dabei alle Zügel schießen. Die Sinnlichkeit des Moslems wird dabei auf das höchste erregt, denn besonders das Paradies und seine Freuden sind durchaus sinnlicher Art. Das Paradiesleben ist ein Schlaraffenleben, in dem jeder Wunsch dem Gläubigen sofort erfüllt wird. Dennoch ist der Ausblick auf das Jenseits im allgemeinen kein freudiger. Niemand ist gewiß, ob er in den Himmel oder in die Hölle geworfen wird. Sofort nach dem Tode, also im Zwischenzustand, beginnen die furchtbaren Peinigungen und Prüfungen durch die schrecklichen Grabsengel. Der Ausfall in dem schrecklichen Endgericht ist ganz von der Gunst des Engel Gabriel und des Propheten Mohammed abhängig. Letzterer gibt sich zwar alle Mühe, die Seinen zu retten, aber es gelingt ihm nicht immer. Bei manchem bedarf es seiner 1000jährigen Fürbitte, bis sein der schrecklichen Höllenraum entronnen sind und endlich in das Paradies eintreten dürfen. In der Hölle erleidet der Mensch die jüngstbaritischen Dualen, und Gott, der doch so oft im Koran der Allbarmherzige genannt wird, weidet sich an der Folter der Verurteilten, für die es keine Milderung und kein Entrinnen gibt. Diese in glühenden Farben ausgemalten Schilderungen des Jenseits tragen heute viel mit zur Ausbreitung des Islam bei und wirken gerade bestreitend auf die heidnischen Völker. Darum ist die Adbietung der biblischen Wahrheiten über das Jenseits eine sehr aktuelle Aufgabe für die Verkünder des Evangeliums bei Heiden und Mohammedanern. Nur durch sie kann der Verführung durch das moslemische Gemisch von Wahrheit und großer Lüge erfolgreich gewehrt werden. Auf den ersten Blick erscheint allerdings die biblische Aussage über das Jenseits im Vergleich mit jenen moslemischen Phantasiegemälden viel zu nüchtern und darum wenig geeignet zu sein, die moslemischen Wanderredner aus dem Himmel zu schlagen. Aber gerade die Zurückhaltung der christlichen Verküpfung gegen dem Jenseits wirkt wahrhaft befriedigend auf den Heiden und Mohammedaner. Denn nun wird er von der furchtbaren Angst vor der Hölle und dem Gericht, unter dem der Moslem schwach ist, erlöst. Denn auch die Jenseitshoffnung des Christen ist begründet in der durch Christus vollzogenen Erlösung und erhält von ihm aus ihr Licht. Das bewahrt den Christen sowohl vor Verzagtheit als auch vor jenen sinnlichen Entgleisungen der moslemischen Paradiesesbilder. Es ist genug für den Christen, zu wissen, daß er im Zwischenzustand wie der Schäfer mit Christo ist, daß im Endgericht der Christus, der sein Erlöser ist, ihn richtet, und daß alles, was die Endzeit bringt, keinen anderen Zweck hat, als die Verherrlichung Gottes durch die Bejublung der Gemeinde in der vollendeten Christusgemeinschaft. Auch er hofft, wie der Moslem, auf ein wirkliches leibliches Weiterleben nach dem Tode. Aber der neue Leib ist von dem Geist Gottes regiert und von den Banden der Sinnlichkeit befreit. Auf diesem Wege bringt die mit so viel Zurückhaltung beschriebene christliche Hoffnung im Neuen Testamente dem Christen eine viel größere Gabe, als die moslemischen, so marktschreierisch angepriesenen himmlischen Lustgärten, nämlich eine fröhliche Gewißheit und eine reine Hoffnung.

Die religiöse Jenseitsvorstellung des Islam ist genau so wie die Gottesvorstellung dadurch verarbeitet, daß sie Christus, den Sohn Gottes, beiseite schiebt. Das wird besonders bei der Darstellung der Wiederkunft Christi deutlich. Ferner ist auch in diesem Lehrstück für den Geist Gottes kein Raum, und darum verfällt der Islam in jene grobe Anschauung von der einfachen Wiederverstellung des leiblichen Lebens, während die christliche Paradieseshoffnung gerade die Vergeistlichung des Auferstehungslebens erwartet, aber deshalb nicht einer spiritualistischen Verflüchtigung, die keine lebendige Hoffnung mehr wäre, zum Opfer fällt. Die einfache Aufgabe der christlichen Missionsverküpfung ist also, der moslemischen Welt zu sagen, daß die christliche Gemeinde in dem Christusreich und in der Geistigkeit alles besitzt, was sie auch im Jenseits braucht. Dann wird das schlichte Evangelium von Jesus, der als der ewige Gottessohn auch in der jenseitigen Welt unser Herr ist, die bestreitenden Nehe der moslemischen Zukunftsgaukelen siegreich durchbrechen.

Die sämtlichen, überaus tiefsinnigen Vorträge der diesjährigen Tagung hinterließen bei allen Teilnehmern einen starken und erhebenden Eindruck. Vertieft wurde er besonders durch das eigenartige Zusammentreffen mit der Beerdigungsfeier für den plötzlich und unerwartet aus Leben und Beruf abgerufenen höchsten Beamten der Provinz Posen, den Oberpräsidenten Dr. Dr. Schwarzkopff. Der Eindruck dieses Ereignisses verstärkte die Einstüsse, welche die Konferenz mit ihrem Generalthema: "Die letzten Dinge" ausübte. Da das praktische Christentum unserer Zeit bei vielen nur in kleine Gegenwartswerte ausgemünzt ist, so war es wohltuend und notwendig zugleich, durch die Vorträge auf den Ernst des Welt- und Lebensendes einerseits, auf die freudige und sieghafte Gewißheit der christlichen Botschaft andererseits hingewiesen zu werden. Schließlich ist es ja doch nur dann möglich, dauernd Früchte für das tägliche praktische Christentum zur Reise zu bringen, wenn die Wurzeln und Lebenssätze des christlichen Glaubens im einzelnen Herzen und in der Gesamtgemeinde gesund und triebkräftig erhalten werden.

## Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 5. Juni.

### Philologentag in Gnesen.

Am Mittwoch fand in Gnesen die Hauptversammlung des Philologenvereins der Provinz Posen statt, an der 71 Delegierte (Direktoren, Professoren und Oberlehrer) teilnahmen.

Nachdem um 9½ Uhr vormittags Oberlehrer Dr. Schulz-Gnejen und Seminarkandidat Bollert-Gnejen zwei historische Vorträge gehalten hatten (Graf Morde unter Ludwig XIV. und Ausschnitt aus Friedrichs des Großen diplomatischen Beziehungen zu den europäischen Großmächten) begann um 10½ Uhr die Hauptversammlung in der Aula der Kaiser Wilhelm-Schule in Gnesen. Oberlehrer Dr. Lisecki-Gnejen sprach über die Stadt Gnejen und ihren Dom. Daran schloß sich eine Besichtigung des Domes an. Nach der Rückkehr der Teilnehmer in die Kaiser Wilhelm-Schule hielt Oberlehrer Dr. Schatz-Bromberg seinen Vortrag: "Kritische Betrachtungen über moderne Schulreformen". Darauf wurden Vereinsangelegenheiten erledigt. Um 3 Uhr fand das Festessen im Hotel Schubert statt, an dem 80 Herren teilnahmen. Darauf folgte ein Auszug mit Damen nach Dalki und abends ein geselliges Zusammensein mit Tanz im Hotel Schubert.

In der Hauptverhandlung wurden folgende Anträge angenommen:

1. Die Herren Minister der Unterrichtsangelegenheiten und der Finanzen sollen gebeten werden, die früheren Oberlehrer- und Hilfslehrerstellen an den höheren Schulen, die nach dem Jahre 1909 in Mittelschullehrerstellen verwandelt sind, aber z. noch von Kandidaten verwaltet werden, schon jetzt wieder in Oberlehrer- beziehungsweise in Hilfslehrerstellen zu verändern, die Stellen aber, die seit 1909 mit Mittelschullehrern besetzt sind, zunächst bald wieder in Stellen für Lehrer mit akademischer Bildung zu verändern.

2. Der Herr Minister soll gebeten werden, darauf hinzuwirken, daß den Direktoren und Professoren an höheren Schulen der Titel Geheimer Studierrat in demselben Umfang verliehen wird, wie es mit dem Geheimratsstitel bei anderen Beamten in akademischer Bildung, z. B. den Richtern und Rechtsanwälten, gehalten wird.

### Weisung des Landtagsabg. Wolff-Lissa.

Gestern nachmittag 4½ Uhr fand, wie uns aus Lissa i. P. gemeldet wird, in der dortigen Synagoge die Trauerfeier für den Landtagsabgeordneten Justizrat Eduard Wolff unter sehr großer Beteiligung weiterer Kreise statt. Erschienen waren u. a. Landgerichtspräsident Knitter, Bürgermeister Wollburg, Erster Staatsanwalt Arndt, fast sämtliche Stadträte und Stadtverordnete. Rabbiner Dr. Gelles hielt die Trauerrede, worauf die Beisetzung auf dem Friedhofe der jüdischen Gemeinde erfolgte.

### Mord und Selbstmord.

Aus dem Dorfe Schleben im Kreise Posen-West wird uns gemeldet:

In unserem Nachbardorf Gurten hat sich an dem sonnigen zweiten Pfingstfeiertage ein blutiges Drama abgespielt: Die Arbeiter Jakubek und Kembauer, die beide beim Straßenbau in Gurten beschäftigt waren, lagen schon seit einer Woche in Streit. Da dieser immer schärfere Formen anzunehmen drohte, wollte der Unternehmer den Kembauer nach einer anderen Baustelle überweisen. Hierüber geriet dieser jetzt in Wut, daß er am Nachmittage des zweiten Pfingstfeiertages dem sorglos schlafenden Jakubek mit einer Wagnerrunge mehrere Hiebe auf dem Kopf verwarf und ihm, als dieser noch einige Lebenszeichen von sich gab, den Kopf mit einer Art gräßlich zurichtete. Darauf ging der Mörder in das bei Gurtenbelegenen Wäldchen, wo er sich zu Revolverkugeln in Leib und Kopf jagte. Durch 2 Leute aus Gurten, die sich gerade in der Nähe aufhielten und auf die Schüsse und das gleich darauf erfolgende Röhrela hin herbeieilten, wurden sofort Polizei und Arzt aus Schleben herbeigerufen. Der Mörder wurde in das Diaconissenhaus in Posen übergeführt, wo er bald nach der Einlieferung verstorben ist. Er scheint diese blutige Tat mit vollem Vorbehalt ausgeführt zu haben. Schon vor den Feiertagen hatte er zu einem anderen Arbeiter gesagt: "Vah nur auf, was Du nach den Feiertagen hören wirst." Er fuhr dann am ersten Feiertag nach Posen, fand aber alle Geschäfte geschlossen und begab sich darum am zweiten Feiertag nochmals dorthin, um sich einen Revolver zu kaufen. Der Mörder und der Mörder sind verheiratet und Väter mehrerer Kinder. Sie stehen im Alter von 60 und 65 Jahren. F.

Über die Neubesetzung unseres Oberpräsidiums brachten voreilige Zeitungen bereits Kombinationen, als Exzellenz Dr. Schwarzkopff kaum die Augen für immer geschlossen hatte. Es ist klar, daß Erörterungen dieser Art im Augenblick ganz müßig sind. Über diese naturgemäß besonders wichtige Frage müssen selbstverständlich erst Verhandlungen zwischen dem Kaiser, dem Reichskanzler und dem Minister des Inneren stattfinden. Da sich der Reichskanzler in Hohenfinow auf Pfingst-



